



## Edito

### Süsse Versuchungen mit bitterem Nachgeschmack



Während die letzten Generationen mit persönlichem Engagement, Innovation, Fleiss, Leidenschaft und Eigenverantwortung ihren Beitrag zum Erfolgsmodell Schweiz geleistet haben, beschäftigen wir uns heute immer häufiger mit Vorstössen, die sich genau gegen dieses bewährte System richten. Natürlich wird das Ganze immer schön und sauber auf dem Tablett serviert, wenn irgendwie möglich mit populistischen Schlagwörtern garniert, so dass die «Angebote» auf den ersten Blick durchaus einladend wirken. In dieses Repertoire gehören die abgelehnte Initiative «6 Wochen bezahlte Ferien für alle», die «1:12»-Initiative, über welche wir am 24. November 2013 abstimmen werden, die «Mindestlohn»-Initiative, die in Kürze auch zur Abstimmung gelangen wird, sowie die anfangs Oktober eingereichte Initiative «Bedingungsloses Grundeinkommen für alle». Beim genaueren Betrachten stellt man jedoch erschreckend fest, dass es sich leider nur um «süsse Versuchungen mit bitterem Nachgeschmack» handelt, denn bei all diesen Vorlagen geht es zum einen darum, dass der Staat diktiert, wo es lang gehen soll, und sich zum andern negative Auswirkungen auf die Wirtschaft, die Beschäftigungslage und unsere Sozialwerke ergeben könnten.

Leider wird oft vergessen, dass die 10 Prozent der Angestellten mit den höchsten Löhnen rund 75 Prozent der Beiträge an Steuern und Sozialbeiträgen leisten. Reduzieren sich diese Beiträge, so müssen wir alle diese Differenz ausgleichen. Das geschieht in der Regel mit höheren oder neuen Steuern sowie mit höheren Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträgen. Das löst unweigerlich eine negative Kettenreaktion aus, denn mit weniger Geld im Beutel, aber teureren Produkten, nimmt das «Spiel» den logischen, aber leider negativen Verlauf. Es ist unabdingbar, dass wir uns auch in erfolgreichen Zeiten nicht auf den Lorbeeren ausruhen, sondern an wirklichen Verbesserungen arbeiten und Reformen in die Wege leiten. Das hat aber nichts damit zu tun, dass man einem erfolgreichen und stabilen System den «Sauerstoff» entziehen will. Setzen wir uns dafür ein, dass wir unseren Nachkommen ein gut funktionierendes und stabiles System weitergeben können, das auch ihnen Erfolg ermöglichen wird.

Walter Stähli, Präsident FDP Sense

## Abstimmung vom 24. November 2013 Die 1:12-Initiative: NEIN zu Bürokratie, Willkür und Niedergang!



### Inhalt der Initiative

Die Initiative verlangt, dass der höchste von einem Unternehmen bezahlte Lohn nicht höher sein darf als das Zwölfwache des tiefsten vom gleichen Unternehmen bezahlte Salär. Der Bund erlässt die notwendigen Vorschriften sowie Ausnahmeregelungen für Personen in Ausbildung oder mit Teilzeit-Anstellung.

### Überlegungen

Die Initiative verspricht ein einfaches Rezept für «gerechte Löhne». Sie spricht ein diffuses Neidgefühl an und bietet die Möglichkeit, für sich selbst mehr einzufordern und «denen da oben eins auszuwischen». Vor allem aber ist sie ein Instrument für die JungsozialistInnen

der Schweiz, um wieder einmal in den Medien präsent zu sein.

Wie kamen die Initianten eigentlich genau auf das Zwölfwache? Weil es so viele Mondzyklen pro Jahr hat? Warum nicht 10, weil wir so viele Finger haben? Oder nicht zwei oder sieben? Die Initiative verlangt etwas völlig Willkürliches – sie könnte genauso gut den Einheitslohn für alle fordern!

Der Erfolg der Schweiz basiert zu einem grossen Teil aus der liberalen Wirtschaftspolitik und der verfassungsmässig verankerten Handels- und Gewerbefreiheit. Es entspricht nicht der wirtschaftlichen und politischen Tradition der Eidgenossenschaft, wenn der Staat direkt in die Lohnbildungsprozesse eingreift. Die Initiative zielt für eine vorübergehende Publizität bewusst auf das «Erfolgsmodell Schweiz» und schielt immer noch auf den längst verschwunden geglaubten real existierenden Sozialismus.

Selbst im Fall einer Annahme könnte die Initiative ihre Versprechen nicht einlösen. Zur Kontrolle müssten bürokratische Kontrollen aufgebaut, mehr Formulare eingeführt und zusätzliche Beamte für die Überwachung angestellt werden. Firmen, die diese neue Bestimmung umgehen wollen, könnten und würden sie mit Hilfe von Management-Firmen aushebeln. Die Auslagerung von Arbeit in Tochterfirmen oder ins Ausland würde beschleunigt. Eine Studie der Universität St. Gallen zeigt zudem auf, dass der AHV Einnahmen und den Kantonen Steuererträge in Millionenhöhe entgehen könnten.

### Fazit

Die Initiative verspricht etwas, das sie nicht halten kann. Sie ist willkürlich und ist eher eine Selbstdarstellungs-Massnahme der JUSO als ein seriöser Beitrag zur politischen Diskussion in der Schweiz. Sie zielt auf das Erfolgsmodell Schweiz und drückt den Unternehmerinnen und Unternehmern in unserem Land eine willkürliche und nur mit noch mehr Bürokratie zu bewältigende Regelung auf.

**Deshalb: Wir sagen NEIN zu Bürokratie, Willkür und Ende des Erfolgsmodells Schweiz!**

Andreas von Ballmoos,  
Präsident FDP Böisingen

## Abstimmung vom 24. November 2013 Familieninitiative: «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»



Als ich zum ersten Mal von der Initiative «Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selbst betreuen» gehört habe, war ich hell begeistert. Ich

habe gedacht, dies sei endlich eine Initiative, welche Frauen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen und zu Hause bleiben, unterstütze. Bei der Initiative geht es darum, Eltern, welche ihre Kinder selber betreuen, den gleichen Steuerabzug zu gewähren, wie denen, die ihre Kinder in einer Kindertagesstätte betreuen lassen.

Aber je länger ich mich mit der Initiative befasste, umso weniger bin ich davon überzeugt. Eine Studie, welche die Auswirkungen der Initiative geprüft hatte, stellte fest, dass der Anreiz der Frauen zum Doppelverdienst abnimmt. Das heisst, der Staat hätte also doppelt weniger Steuereinnahmen.

**Kann sich das unser Staat heute finanziell noch leisten?** In der Initiative heisst es: «Wir wollen keine Staatskinder.» Das ist gut und recht, aber hätte der Staat dadurch nicht die Möglichkeit, sich in die private Familienpolitik einzumischen, vielleicht sogar zu bestimmen, wie viele Kinder eine Frau haben darf? Wollen wir das Kinderkriegen vom Staat finanzieren lassen? Dann hätten wir wirklich Staatskinder.

Immer wieder spricht man von der Emanzipation der Frauen: Frauen in der Arbeitswelt mehr zu fördern, gute Bedingungen zu schaffen und die Frauenquote zu erhöhen. Die Initiative bewirkt aber gerade das Gegenteil. Ich meine, besser wäre nochmals gut zu überlegen, welches Vorhaben die beste Familienunterstützung bieten würde. Eine gesunde Familienpolitik unterstütze ich sofort.

Aber zu der vorliegenden Familieninitiative empfehle ich ein NEIN!

Isabelle Portmann, Gemeinderätin, Giffers

## Inhaltsverzeichnis

Seite 1	– Edito – Abstimmungen vom 24. November 2013: – 1:12-Initiative – Familieninitiative
Seite 2	– Abstimmung vom 24. November 2013: Nationalstrassenabgabegesetz – Zentrales Waffenregister: Und sie machen doch was sie wollen...
Seite 3	– Wahlprogramm 2016 – FDP- Workshop vom 7. September 2013: Äusserungen der jungen Generation
Seite 4	– Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre» – Abstimmungsparolen der FDP Sense – Littering

# Abstimmung vom 24. November 2013 Nationalstrassenabgabegesetz: Die 100 Franken Vignette



Wer kennt es nicht, das Staustehen. Mittlerweile gehört es zum Alltag, und zwar fast überall. Es ist längst nicht mehr ein Problem der grossen Städte, nein, auch in unseren Dörfern und Vororten staut sich der Verkehr während den Stosszeiten. Der Verkehr hat in den letzten Jahrzehnten enorm zugenommen und wird auch weiterhin zunehmen. Die uneingeschränkte Mobilität ist ja auch eine der grössten Freiheiten, die jeder von uns geniesst.

Es besteht Handlungsbedarf, darüber sind sich wohl alle einig. Doch über das «wie» scheiden sich die Geister gewaltig. Am 24. November stimmen wir über die Erhöhung der Autobahnvignette ab, nachdem mehr als 120'000 Unterschriften innert kurzer Zeit für das Referendum zusammengekommen sind. Wundern tut das nicht, denn schon im

Parlament war die Vorlage heftig debattiert worden und zahlreiche Änderungsanträge mussten zuerst die Hürde schaffen, bevor Frau Bundesrätin Doris Leuthard mit ihrem Vorschlag zum Erfolg kam. Das Referendumskomitee setzt sich neben verschiedenen Verkehrsverbänden hauptsächlich aus SVP Parlamentariern zusammen. Doch auch einige namhafte FDP-Nationalräte finden wir in diesem Komitee, obwohl die FDP als Wahlempfehlung «JA» zur 100 Franken Vignette sagt.

Ich möchte jetzt nicht die zahlreichen Argumente für oder gegen die Vignettenpreiserhöhung auflisten. Die findet man überall im Internet. Vielmehr möchte ich meine persönliche Meinung äussern. Tatsächlich hatte ich es schwer zu entscheiden ob ja oder nein. Rein vom finanziellen Aspekt her scheint mir, dass angesichts der übrigen Kosten, die der Besitz eines Fahrzeuges mit sich bringt, die 100 Franken jährlich verkraftbar sind. Anders sieht es bei Firmen mit einem grossen Fahrzeugpark aus. Hier können diese Kosten schon ein erheb-

liches Ausmass annehmen. Im Vergleich zu unseren Nachbarländern ist es ebenfalls sehr unterschiedlich. Gegenüber Italien und Frankreich ist die Schweiz betreffend Autobahngebühren ein Discountland. In Deutschland sind die Autobahnen noch vignettenfrei, doch es wird auch in diese Richtung diskutiert. Das österreichische Vignettensystem ist mir fast am sympathischsten. Es ist ähnlich wie das unsere, jedoch differenzierter. Als Motorradfahrer käme mir dieses System am besten gelegen, weil es sogar zwischen PKW und Motorrad unterscheidet. Ganz toll würde ich es finden, wenn sogar Tagesvignetten gelöst werden könnten. Manchmal braucht man ein Fahrzeug wirklich nur für eine einzelne Autobahnfahrt, um besondere Waren zu holen oder zu bringen. Für das Motorrad löse ich in der Regel keine Vignette, weil Töfftouren selten über Autobahnen führen. Doch manchmal kommt man fast nicht darum herum. Stellen sie sich vor: Eine Töfftour um den Neuenburgersee. Vor Neuenburg haben Sie jetzt die Wahl entweder durch die Stadt zu fahren, über

die Juraberge oder die Autobahn zu benutzen. Durch die Stadt ist wahrlich kein Vergnügen. Bei Sommerhitze in der Töffmontur vor der roten Ampel zu warten ist sehr schweisstreibend. Über den Jura ist ein ziemlicher Umweg. Deshalb ist ein kurzes Stück Autobahn hier die beste Variante, doch ohne Vignette? Unter uns, ich habe es auch schon gemacht, aber bitte nicht weitersagen. Deshalb: Für den Töfffahrer wäre die Tagesvignette eine tolle Sache, finde ich. Ich weiss, meine Variante ist noch einmal eine andere als diejenige, über die wir abstimmen. Man kann es eben nicht jedem recht machen. Das Allerdümmste ist jedoch das Staustehen und deshalb habe ich mich schliesslich und endlich doch noch für ein «JA» entschieden zur Vignettenpreiserhöhung. Da ich weiss, dass Politiker immer die Wahrheit sagen, bin ich davon überzeugt, dass das Geld auch für die Strassen gebraucht wird. Ich wünsche allen eine gute Fahrt.

Fritz Burkhalter, Grossrat

## Zentrales Waffenregister: Und sie machen doch was sie wollen...



Alles, was im Waffenschrank steht, kommt in die Datenbank: Mit einer hauchdünnen Mehrheit von einer Stimme hat sich der Nationalrat im September 2013 für ein zentrales Waffenregister ausgesprochen.

Mehrmals im Jahr werden die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger gebeten an der Urne zu wichtigen und weniger wichtigen Vorlagen Stellung zu nehmen. Egal, wie die Abstimmung ausgeht, der Bundesrat und das Eidg. Parlament haben immer mehr Mühe den Volkswillen umzusetzen.

Ein Beispiel dazu ist auch die Verwahrungsinitiative. Seit Jahren wird an der Umsetzung herumgebastelt. Dabei werden gar unfassbare Tötungsdelikte in Kauf genommen. Kein Waffenregister hätte da die Gräueltaten verhindert, sondern da ist die Politik und Kuscheljustiz verantwortlich. Ein anderes Beispiel: Nehmen wir die letzte Asylrevision, über welche wir vor 4 Monaten abgestimmt haben und welche vom Volk mit 78,4% angenommen wurde. Man will sie nicht in Kraft setzen und plant schon wieder eine neue Revision. Und zum Schluss sei die Abstimmung vom Februar 2011 erwähnt, an der das Volk eindeutig und klar die verführerische Initiative der Linken «Schutz vor Waffengewalt» abgelehnt hat. Trotzdem will der Bundesrat – Frau BR Simonetta

Sommaruga kündete die deutlich verworfenen Massnahmen noch am Abstimmungstag an – und das Parlament ein nationales Waffenregister einführen, wo alle Waffenbesitzer ihre Gewehre und Pistolen registrieren lassen müssen. Dabei wissen wir, dass die Schützinnen und Schützen als Waffenbesitzer schon registriert sind. Ein zusätzliches Register suggeriert nur eine falsche Sicherheit und verursacht zudem einen unnötigen, sinnlosen und zusätzlichen administrativen Aufwand. Wir dürfen nämlich nicht vergessen: Es hat auch illegale Waffen im Umlauf. Diese werden von ihren Besitzer wohl kaum bekannt gegeben werden. Wenn Bundesbern weiterhin solche Leerläufe beschliessen will, so könnten die Linken doch einmal ein Register der Papierlosen und

Kriminellen verlangen, statt immer auf den ehrbaren Schützen herumzuhacken. Der Nationalrat tut gut daran, nochmals über dieses Thema abzustimmen und sich auf den Volkswillen zu besinnen.

Überhaupt: In den letzten Jahren haben sich der Bundesrat und das Eidg. Parlament als schlechte Verlierer entpuppt und verlieren immer mehr den demokratischen Anstand. Will die Politik nicht noch mehr an Glaubwürdigkeit einbüßen, so tun sie gut daran, den Volkswillen «ohne wenn und aber» zu respektieren und umzusetzen.

Rudolf Vonlanthen, Grossrat

**AEBI-KADERLI**  
GARTEN-CENTER

Aebi-Kaderli  
Garten-Center AG  
Stockera 1  
CH-3186 Düdingen FR

Tel. 026 488 33 33  
Fax 026 488 33 34  
www.aebi-kaderli.ch

trans-auto  
it's clean...  
Kanalreinigung  
Curage des canalisations  
Muldenservice  
Service multi-bennes  
sanitoi.ch  
WC-Kabinen  
Cabines WC

www.trans-auto.ch

**STAMPFLI AG**  
HAUSTECHNIK  
SANITÄR & HEIZUNG

HAUPTSTRASSE 15  
3186 DÜDINGEN  
TEL. 026-493 11 29  
FAX 026-493 29 62

**Fasel**  
Düdingen  
für VW  
zu Fasel

**STERNHAUS DÜDINGEN AG**

Architekturbüro + Generalunternehmung  
Peterstrasse 2, 3186 Düdingen  
Tel. 026 492 90 00, Fax 026 492 90 01  
E-Mail: arch.gu@sternhaus.ch www.sternhaus.ch

Ihr Partner für individuelles Planen und Wohnen

**SENSIA AG**  
Kreation in Karton und Papier

Die Druckerei mit dem guten Auge!

Bonnstrasse 22 | 3186 Düdingen | www.sensia.info  
Tel. 026 492 90 60 | office@sensia.info

**Küchenumbau geplant?**  
Wir sind Ihr Partner!

Denn wir garantieren Ihnen...

- eine kompetente Beratung
- Qualitätsarbeit nach Ihren Wünschen
- Organisation und Betreuung der gesamten Umbauarbeiten

Setzen Sie auf uns! Ihr Küchenspezialist  
Bahnhofstrasse 37 • 3185 Schmitzen • Tel. 026 497 50 00  
info@boschungag.ch • www.boschungag.ch

Wir haben was Sie suchen.

**LEHMANN**  
Düdingen | www.lehmann.info

**CLERC AG**  
eigen-heim  
planen - realisieren

**CLERC AG**  
bau  
hoch- und tiefbau

**CLERC AG**  
beton-trenn  
bohren - schneiden

Ihre Partner am Bau.  
3186 Düdingen www.clerc.ch

**ZENTRUM GARAGE**  
WALTHER

3186 Düdingen /Fribourg  
Tel. 026 351 55 00  
www.zentrum-garage.ch

PEUGEOT RENAULT

**Erwin SPICHER AG**  
Malerei Gipserei Fassaden-Isolationen  
Mostereiweg 6 3186 Düdingen Tel. 026 493 36 00

heizen kühlen lüften regeln sanitär  
chauffer refroidir ventiler régler sanitaire

**RIEDO CLIMA**  
www.riedoclima.ch

Düdingen Bulle Bern Flamatt  
Neuchâtel Fribourg Port Murten

# Wahlprogramm 2016

Politische Parteien gehören nicht zur Standardausrüstung der heutigen Individualgesellschaft. Standortbestimmungen und das Finden von Antworten auf die aktuellen Herausforderungen müssen deshalb zum Überlebensarsenal erfolgreicher Parteien gehören. Insbesondere dann, wenn es um Botschaften im Wahljahr geht.



Bereits zum zweiten Mal trafen sich Mitglieder und «zugewandte Orte» der FDP Sense zum jährlichen Workshop. Wie 2012 als Aufgabe festgehalten, war das

diesjährige Thema das Wahlprogramm 2016. Einige mögen denken, dass dies viel zu früh sei. Wenn man jedoch bedenkt, dass sich der Bezirksvorstand nun mit der grob gezeichneten Rohfassung intensiv befassen muss und der Workshop 2014 dann die definitive Fassung verabschieden soll, sind wir genau richtig, um im nächsten Herbst, 15 Monate im Vo-

raus, mit klaren Fakten auf KandidatInnen-Suche zu gehen.

Erneut traf sich eine muntere Schar von 16 Teilnehmenden (17 im vergangenen Jahr) am 7. September in Flamatt und investierte einen Samstagvormittag in die politische Basisarbeit. Besonders bemerkenswert ist, dass einerseits Oberamtmann Nicolas Bürgisser zu den aktiv Teilnehmenden gezählt werden durfte und andererseits drei junge Erwachsene mit gemacht haben, darunter ein aktiver Generalrat aus Wünnewil-Flamatt. Ihnen war vor allem das Thema «Junge Politik, junge Botschaften im Wahljahr 2016» anvertraut. Dabei kamen überaus kreative und auch neue Denkansätze zum Vorschein. Besondere Erwähnung verdienen, nebst andern, folgende Gedanken.

- Wir müssen den niederschweligen Einstieg in die Politik ohne Parteibindung ermöglichen, z.B. durch eine Zusammenarbeit mit «freien Wählern», vor allem auch für die Kommissionsarbeit.
- 14- bis 17jährige sollten mit Wahlmaterial bedient werden, um die Lücke zwischen Wissensvermitt-

lung und Wissensanwendung zu schliessen.

- Es würde Sinn machen, die Abstimmungsergebnisse der 14- bis 17jährigen im Wahljahr 2016 zu ermitteln, zu publizieren und daraus für die Zukunft wichtige Tendenzen abzuleiten.

Für die letzten beiden Anliegen versucht der Oberamtmann nun Mittel und Wege aufzuzeigen wie diese Ideen umgesetzt werden könnten.

Die zweite Arbeitsgruppe befasste sich mit den Kernthemen, welche im Wahlkampf 2016 bedient werden sollen. Zu diesen gehören Raumplanung und Infrastruktur, Bildung, Energie, Wirtschaft, Gesundheitswesen und Transparenz in der Verwaltung. Dabei ging es einerseits darum, wofür sich die FDP Sense konkret (und/oder vermehrt) einsetzen will, aber andererseits auch was für unsere Partei als unterstützungswürdig angesehen wird. Insgesamt wurden 18 Botschaften zusammen getragen. Der Bezirksvorstand hat nun die Aufgabe, aus diesen Botschaften einen ersten Wurf eines Wahlprogrammes zu zimmern.

Ziel muss es bleiben, dass die FDP nicht mit einem ganzen Strauss von Hauptthemen und -botschaften in den Wahlkampf steigt, sondern mit einer fassbaren Anzahl, die nach ersten Meinungen eine Handvoll nicht übersteigen sollte. Sonst wird das Programm erneut weder begreif- noch fassbar sein.

An dieser Stelle sei den Anwesenden herzlich gedankt, darunter Oberamtmann Nicolas Bürgisser, den drei jungen Erwachsenen, den Parteimitgliedern, dem anwesenden Grossrat sowie einigen Gemeinderäten und Kommissionsmitgliedern. Es ist nicht selbstverständlich, dass der FDP Sense ein Samstagvormittag geschenkt wird.

Wer an der Zukunft der FDP Sense und ihren Botschaften mitarbeiten will, sollte sich bereits heute ein Datum dick in der Agenda anstreichen: **Samstag, 13. September 2014** (09.00 bis 12.00 Uhr)! An diesem Tag wird das endgültige Wahlprogramm für den Wahlkampf 2016 beschlossen.

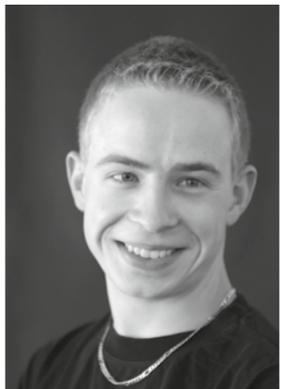
Konrad Gerster, Bösinggen  
Gemeinderat und Leiter Workshop

## FDP-Workshop vom 7. September 2013: Äusserungen der jungen Generation

Was war die Motivation an diesem Workshop teilzunehmen?



**Fabienne Stähli:** Ich kann mich nicht über das Desinteresse vieler Leute beklagen und mich dann selber der Situation entziehen, wenn sich mir die Möglichkeit bietet mich politisch zu engagieren.



**Thomas Freiburghaus:** Da ich mich in Zukunft in der Politik engagieren möchte, war der Workshop FDP Sense eine gute Gelegenheit, die Partei und Politik im Allgemeinen besser kennen zu lernen.



**André Perler:** Zu diesem Workshop wurde ich freundlicherweise vom Präsidenten der FDP-Sense, Walter Stähli, eingeladen. Ich schätze es sehr, dass ich in meiner Funktion als Präsident des Vereins JPSense daran teilnehmen durfte!

**Was sind eurer Ansicht nach die hauptsächlichsten Gründe, dass bei den Jungen ein Desinteresse für Politik besteht?**

**Fabienne Stähli:** Ich denke, dies ist auf den Wohlstand und die Bequemlichkeit der heutigen Gesellschaft zurückzuführen.

**Thomas Freiburghaus:** Meiner Meinung nach haben viele Jugendliche in jungen Jahren andere Interessen wie z.B. Sport, Ausgang etc., was sich jedoch auch unter einen Hut bringen lassen würde, sofern sie überhaupt politikinteressiert wären.

**André Perler:** Einerseits die Komplexität der Politik, wenn man sie im Detail verstehen will, und andererseits der Umstand, dass es uns in der Schweiz so gut geht, sind für mich die Hauptgründe für das politische Desinteresse der Jugend.

Wo seht Ihr am ehesten Potenzial, die Jungen für Politik zu motivieren?

**Fabienne Stähli:** Einerseits ist es für mich die Aufgabe der Eltern, ihren Kindern die politischen Themen und Diskussionsmöglichkeiten näherzubringen. Andererseits würde dies auch in unser Bildungssystem gehören. Dass in unserer so neutralen Schweiz Politik nicht neutral vermittelt werden kann oder zum Problem wird, ist für mich unverständlich.

**Thomas Freiburghaus:** Indem man Themen aufgreift, die junge Leute persönlich betreffen, und sie auch ansprechen könnte.

**André Perler:** Die Jugendlichen befassen sich in der Orientierungsschule in spielerischer Weise mit der Politik, was meiner Ansicht nach bereits eine gute Grundlage ist. Zwischen OS und dem Stimmrechtsalter 18 besteht aber eine Lücke, welche die JPSense mit einem Projekt schliessen will (mehr Infos dazu in einigen Monaten auf [www.jpssense.ch](http://www.jpssense.ch)).

**Was hat euch am Workshop gefallen, wo seht ihr allenfalls Verbesserungsmöglichkeiten?**

**Fabienne Stähli:** Die Möglichkeit, an einer Diskussionsrunde teilzunehmen, dabei andere politische Ansichten kennen zu lernen und vielleicht auch die eigene Ansicht nochmals zu überdenken oder zu stärken, dies schätzte ich sehr.

**Thomas Freiburghaus:** Ich konnte viele Meinungen von mir abgeben, jedoch auch Kritik und Verbesserungen von anderer

Seite entgegennehmen. Verbesserungsmöglichkeiten, die für mich wesentlich wären, gibt es für mich keine.

**André Perler:** Am meisten geschätzt habe ich die altersmässige Durchmischung der Arbeitsgruppe. So lernten wir unterschiedliche (und interessante) Blickwinkel kennen. Ich würde am Konzept nichts ändern.

**Könnt Ihr diesen Workshop bei den Jungen weiter empfehlen und seid ihr beim nächsten Mal wieder dabei?**

**Fabienne Stähli:** Sicher, ich würde es begrüßen, wenn sich mehr junge Leute für den Workshop und unsere Politik bemühen würden. Ich werde mir nach Möglichkeit auch beim nächsten Treffen die Zeit dafür nehmen.

**Thomas Freiburghaus:** Ja, das kann ich, jedoch müssten die betreffenden Personen von sich aus einen «kleinen Funken» politisches Interesse aufweisen. Wenn nichts Aussergewöhnliches dazwischen kommt werde ich auf jeden Fall dabei sein.

**André Perler:** Selbstverständlich empfehle ich diesen Workshop weiter, da ich einen spannenden Vormittag hatte und viele(s) kennenlernen durfte. Wenn ich wieder eingeladen werde, bin ich beim nächsten Mal sehr gerne erneut dabei!

Besten Dank für Euer Engagement und alles Gute für die Zukunft!

## Littering: Wenn ein gesellschaftliches Verhalten zum Problem wird

Unter Littering wird allgemein das achtlose Wegwerfen oder Liegenlassen von Abfällen im öffentlichen Raum verstanden.

Was bis vor nicht allzu langer Zeit hauptsächlich ein Problem der städtischen Regionen war, nimmt zusehends auch in ländlichen Teilen ein Ausmass an, das einerseits von der Bevölkerung als störend empfunden wird und andererseits zunehmend Wild- und Nutztiere gefährdet. Dies war für FDP Nationalrat Jacques Bourgeois (FR) Grund genug, um eine parlamentarische Initiative für verstärkte Massnahmen gegen die Vermüllung (Littering) einzureichen.

Hier der Wortlaut seiner Begründung:  
(Quelle: Curia Vista-Geschäftsdatenbank)

«Sowohl in Agglomerationen als auch in ländlichen Regionen stellt absichtlich liegengelassener oder auf den Boden geworfener Abfall ein immer grösseres Problem dar. Abfälle bedecken zusehends den Boden bei Bänken und Picknickplätzen oder entlang von Gehwegen und Strassen. Der Ruf unseres sicheren und sauberen Landes wird zunehmend beschädigt. Dies hat nicht nur ästhetische oder wirtschaftliche Folgen (Reinigung), für die Landwirtschaft stehen die Gesundheit der Tiere und der Umweltschutz auf dem Spiel. Bevor die Bauern und Bäuerinnen ihre Felder mähen, müssen sie diese zunächst oft erst unter hohem Zeitaufwand von Unrat befreien. Eine besonders grosse Gefahr geht von den Aluminiumdosen aus. Diese werden von Landwirtschaftsmaschinen in scharfkantige Stücke zerlegt und dann von den Tieren mit ihrem Futter aufgenommen. Die Tiere können so erkranken, abmagern, sogar verenden. Lebensrettende Operationen sind sehr teuer.

Es ist allseits bekannt, dass dem Problem der Vermüllung (Littering) schwer beizukommen ist. In einem Expertenbericht des Bundesamtes für Umwelt (Bafu) werden die in diesem Bereich getroffenen Massnahmen veranschaulicht. Es wird aufgezeigt, dass die Situation durch die Pfandsysteme, die vorgezogene Entsor-

gungsgebühr und zahlreiche weitere Massnahmen ebenso wenig gemeistert werden konnten wie die Bemühungen, die Bevölkerung für eine korrekte Entsorgung ihrer Abfälle zu sensibilisieren. Es ist also dringend notwendig, gegen die Vermüllung in der Schweiz zu kämpfen.»

Wenn man bedenkt, dass in der Vergangenheit eine grosse Anzahl und wohl auch kostenintensive Studien durchgeführt wurden, um Gründe und Ursachen unseres Verhaltens in diesem Zusammenhang heraus zu finden, sollte uns das nachdenklich stimmen. Wo bleiben Vernunft, Rücksicht und Respekt?

Man braucht nicht «grün» zu sein um der Natur und unserer Umwelt mehr Respekt entgegen zu bringen. **Appellieren wir einmal mehr an die Eigenverantwortung und kämpfen wir für eine saubere Schweiz.**



## Jetzt unterschreiben: Volksinitiative «Ja zum Schutz der Privatsphäre»

Der Schutz der Privatsphäre ist ein zentraler freisinnig-liberaler Grundsatz und schon heute in unserer Bundesverfassung als Grundrecht enthalten. Die jüngsten politischen und gesetzgeberischen Entwicklungen innerhalb und ausserhalb unseres Landes zeigen nun aber, dass dieses Grundrecht präzisiert und ergänzt werden muss. Insbesondere der Schutz der finanziellen Privatsphäre ist gefährdet. Unter dem Eindruck der Forderungen ausländischer Schuldenstaaten an die Schweiz und angefeuert von der Linken sowie von sogenannten bürgerlichen Politikern soll der gläserne Bürger auch in unserem Land Realität werden. Der Bürger wird verdächtigt, den Staat ständig betrügen zu wollen und soll deshalb auf Schritt und Tritt kontrolliert werden. Damit steht das in der Schweiz noch funktionierende Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Staat auf dem Spiel.

Es ist an der Zeit, einen Nagel einzuschlagen, damit unsere Freiheit gewährleistet bleibt und wir sicher vor Schnüffeleien sind! Mit der Volksinitiative «Ja

zum Schutz der Privatsphäre» soll neu ausdrücklich auch der Anspruch auf Schutz der finanziellen Privatsphäre in der Bundesverfassung verankert werden. Damit wird der automatische Informationsaustausch auf nationaler Ebene ausgeschlossen und das Bankkundengeheimnis für Personen mit Sitz in der Schweiz gewahrt. Umgekehrt werden klare Spielregeln definiert, wann der Anspruch auf Schutz der finanziellen Privatsphäre gerade nicht geltend gemacht werden kann. Denn Steuerdelikte sind keine Kavaliersdelikte und sollen hart bestraft werden.

Unterstützen Sie dieses wichtige Anliegen!

Quelle: FDP Schweiz

## Abstimmungsparolen der FDP Sense

**NEIN**

zur Volksinitiative «1:12 – für gerechte Löhne»

**NEIN**

zur «Familieninitiative: Steuerabzüge auch für Eltern, die ihre Kinder selber betreuen»

**STIMM-FREIGABE**

zur Änderung des Bundesgesetzes über die Abgabe für die Benützung von Nationalstrassen (Nationalstrassen-Abgabegesetz, NSAG)

**bsp** Baeriswyl, Schaller u. Partner AG  
Dipl. Bau-Ing. ETH/SIA

Bonnstrasse 26, 3186 Düringen  
Tel. 026 493 19 15  
office@bsping.ch, www.bsping.ch

**schaller wohnen**  
möbel vorhänge bodenbeläge teppiche polsterwerkstätte

schaller wohnen ag, freiburgstrasse 2,  
3175 flamm, tel. 031 741 04 54, fax 031 741 04 78  
e-mail: info@schaller-wohnen.ch  
www.schaller-wohnen.ch

Garant für gutes Wohnen

**50 JAHRE**  
1963-2013  
**Crottet AG**  
3186 DÜDINGEN TEL. 026 492 90 90

Elektro-Installationen Lichtplanung  
Telekommunikation Elektro-Fachgeschäft  
Steuerungen/Schaltanlagen Reparaturen / Service

Jeckelmann Roland AG

Jeckelmann-Treppen.ch

Treppenbau  
Schreinerei

Bonnstrasse 26  
3186 Düringen  
Tel. 026 493 31 19

**Kocher & Partner** ARCHITEKTEN AG  
sia, iso 9001:2000  
Tel. 026 492 94 49  
Fax 026 493 33 64  
Industriestrasse 12  
3186 DÜDINGEN  
www.kocher-partner.ch

## Impressum

**FDP Sense:**  
Postfach 266  
3186 Düringen  
www.fdp-sense.ch

**Impuls:**  
Sabine Brägger-Stauffer  
e-mail: fdp-impuls@rega-sense.ch

**Inserate:**  
SENSIA AG  
Bonnstrasse 22, 3186 Düringen  
e-mail: office@sensia.info

**Druck:**  
SENSIA AG, 3186 Düringen

**emmental**  
versicherung

Die Versicherung für KMU,  
Privathaushalt und Landwirtschaft

Christoph Zbinden · Hauptagentur Freiburg  
Route de Chantemerle 41 · 1763 Granges-Paccot  
Tel. 026 460 76 82 · christoph.zbinden@emmental-versicherung.ch

Wir rechnen Ihren Erfolg

**axalta**  
Treuhand AG

Wirtschaftsprüfung  
Buchführung  
Unternehmensberatung

Duensstrasse 1  
CH-3186 Düringen  
Tel +41 26 505 11 11  
Fax +41 26 505 11 12  
info@axalta.ch  
www.axalta.ch

TREUHAND KAMMER TREUHAND SUISSE

**IMMO NOVA AG**  
Ihr Immobilienvermittler

Bahnhofplatz 5  
1701 Freiburg

Tel. 026 351 15 70  
www.immonova.ch